

# Deutschland nach der Währungsreform

Autor(en): **Müller, Karl H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336020>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## *Deutschland nach der Währungsreform*

Berlin, im November 1948.

Bei dem im Sommer d. J. in West- und Ostdeutschland getrennt durchgeführten Umtausch des umlaufenden Bargeldes in neue Noten, verbunden mit einer gleichzeitigen Neubewertung aller vorhandenen Konten, handelt es sich nicht um eine Währungsreform im eigentlichen Sinne. Keine der beiden neuen «Währungen» verfügt über irgendwelche Deckung, noch ist für sie irgendeine Kursparität festgelegt worden. (Der in Westdeutschland festgesetzte Dollarkurs von 3,30 DM ist nur für den Außenhandel, der ausschließlich in Dollar erfolgt, von praktischer Bedeutung.) Es wird für den Finanztheoretiker eine reizvolle Aufgabe sein, das weitere Schicksal dieser auf Befehl der jeweils zuständigen Besetzungsmacht geschaffenen Dekret-Währungen zu verfolgen. Hier soll lediglich versucht werden, ein möglichst getreues Bild der Durchführung der Reformen sowie der bisher zutage getretenen Auswirkungen zu entwerfen.

Die Neuordnung des deutschen Geldwesens war überfällig. Ein Notenumlauf von rund 90 Milliarden (inklusive Besatzungsgeld), weitere Hunderte Milliarden von zum großen Teil fragwürdigen Buchwerten stellten eine Hypothek dar, die nach gründlicher Bereinigung drängte. Da die Geldreform bereits seit langem erwartet und befürchtet wurde, setzte eine immer stärkere Flucht in die Sachwerte ein, die das Wirtschaftsleben schließlich völlig lahmzulegen drohte. Es war aber vor allem die fortschreitende wirtschaftliche und politische Absonderung der Sowjetzone vom übrigen Deutschland, die die Westmächte, insbesondere die USA, veranlaßte, ihre Maßnahmen zu beschleunigen. Unter den gegebenen, ungeklärten monetären Verhältnissen ergab sich nämlich die groteske Lage, daß auf dem Umweg über die gemeinsame Währung die umfangreichen Reparationen der Sowjetunion aus der laufenden deutschen Produktion letzten Endes durch die amerikanischen Hilfslieferungen an Westdeutschland finanziert wurden und der Wiederaufbau Deutschlands nie in Gang kommen konnte. Damit ist auch schon gesagt, daß eine einheitliche Geldreform für ganz Deutschland nur bei einer drastischen Änderung der sowjetischen Besatzungspolitik möglich gewesen wäre. Diese Hoffnung wurde mit dem ergebnislosen Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 endgültig zu Grabe getragen. Von da an trafen sowohl die Westmächte wie auch die Sowjetunion Vorbereitungen für eine eigene Geldreform in ihren Zonen. Die Russen legten dabei keine allzu große Eile an den Tag, weil für sie die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes am vorteilhaftesten war und weil sie hofften, durch ihre gewohnte und langbewährte Verzögerungstaktik den Termin immer wieder hinauschieben zu können.

Am 20. Juni verkündeten die westlichen Militärregierungen die Währungsreform für Westdeutschland. Damit war es ihnen zum erstenmal seit dem Beginn der Viermächteverwaltung gelungen, die Russen wirksam zu überrumpeln. Gewohnt daran, mit der Ziel- und Planlosigkeit der westlichen Deutschlandpolitik zu rechnen, hatte die sowjetische Militärverwaltung es anscheinend nicht für möglich gehalten, daß die Westalliierten sich jemals zu einem derartigen Schlag aufraffen könnten. Der Druck der für die russische Zone vorgesehenen Noten war noch nicht beendet, und es bestand *die*

*Gefahr, daß große Mengen alten Papiergeldes in die russische Zone abfließen würden.* In ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit wurden daher von Tausenden von Angestellten, die man aus Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, Behörden usw. zusammengeholt hatte, die alten Noten mit eilig und primitiv gedruckten Coupons überklebt, die bereits am nächsten Tage bogenweise im Schwarzhandel erhältlich waren. Die «neuen», im Volksmund «Tapetenmark» genannten Scheine wurden erst Ende Juli durch Neudrucke ersetzt.

Schon ein flüchtiger Vergleich der beiden Geldreformen zeigt, daß es sich bei der westdeutschen um eine wohlüberlegte finanztechnische Operation mit dem Ziel der Schaffung einer stabilen Wertgrundlage handelt, während bei der ostdeutschen lediglich der alte Wein in neue Schläuche gefüllt worden ist. In beiden Fällen erfolgte zwar der Umtausch im Verhältnis von 1 : 10, in der Sowjetzone jedoch mit der bedeutsamen Einschränkung, daß das Vermögen von Behörden, Sowjet AGs und «volkseigenen Betrieben» voll (1 : 1) angerechnet wurde. Im Westen wurde die Höchstgrenze der Ausgabe von neuen Noten auf 10 Milliarden festgesetzt und Angaben über den im Umlauf befindlichen Betrag (zunächst 6 Milliarden) sowie über das vorhandene Buchgeld veröffentlicht. Im Osten ist weder die Höhe der Bargeldemission noch der Umfang des Buchgeldbestandes bekannt. Am 15. Oktober erschien der erste Ausweis der westdeutschen «Bank deutscher Länder», in der Ostzone sind keine derartigen Veröffentlichungen zu erwarten. Alles läßt darauf schließen, daß in der Sowjetzone bereits eine neue Inflation im Gange ist. Der Wert der ostdeutschen Mark sinkt ständig; zurzeit bieten die Berliner Wechselstuben vier Ostmark für eine Westmark.

In Westdeutschland ist der alles lähmende Geldschleier radikal zerrissen worden. Am 20. Juni wurde bei Ablieferung des gesamten Bargeldbesitzes eine Kopfquote von 40 neuen «Deutsche Mark» (DM) und einige Wochen später weitere 20 DM ausbezahlt, der Restbetrag (zur Hälfte auf Festkonto) gutgeschrieben. Die Kopfquote von 60 DM wurde allerdings voll in Anrechnung gebracht, das heißt, wer beispielsweise 1000 Mark einbezahlt hatte (oder Bankguthaben verfügte), mußte die Kopfquote in voller Höhe von 600 RM bezahlen. Anfang Oktober wurden durch einen Erlaß der Militärregierung 70 Prozent der Festkonten-Guthaben gestrichen. Alles in allem also eine drastische Abschöpfung des ungeheuren Geldüberhangs, der sich während der zwölfjährigen Nazi-herrschaft zusammengeballt hatte.

Jedem Einsichtigen war es seit langem klar, daß irgendwann einmal die Rechnung für die Herrlichkeit des Dritten Reiches beglichen werden müßte und daß dies nicht ohne Heulen und Zähneknirschen abgehen könnte. Gegen die westdeutsche Regelung wird vor allem ins Treffen geführt, daß sie durch die unterschiedslose Behandlung von arm und reich *die Lasten der Reform ungerecht verteilt* habe. Und tatsächlich sind über Nacht und mit einem Federstrich breite Schichten der Bevölkerung proletarisiert worden. Gerade die Masse der kleinen Sparer wurde am härtesten betroffen, und gewisse Berufsgruppen ohne festes Einkommen, wie freie Schriftsteller, Künstler, Vertreter usw., stehen buchstäblich vor dem Nichts. Volkswirtschaftlich betrachtet, gilt es natürlich die Tatsache zu berücksichtigen, daß die Summe der kleinen Einlagen den Hauptanteil der fiktiven Gesamtmasse darstellten. Auch die noch ausstehende und deutscher Gesetzgebung unterliegende Regelung des sogenannten Lastenausgleichs wird nur wenig an der Tatsache ändern können, daß die Mehrheit des deutschen Volkes sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit einem Lebensstandard wird begnügen müssen, der nur das

Allernotwendigste an Nahrung und Kleidung gestattet. Für die Reformer handelte es sich in erster Linie darum, die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau unbedingt notwendige stabile Ausgangsgrundlage auf monetärem Gebiet zu schaffen.

Die Frage, ob die an die Reform geknüpften Erwartungen sich erfüllen werden, läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit beantworten. Die Entwicklung in den vier Monaten seit dem Geldschnitt scheint zu bestätigen, daß zumindest der Start geglückt ist. Am Tage nach der Reform ergoß sich eine *Flut von gehorteten Waren aller Art* auf den Markt und traf dort auf eine kaufwütige Konsumentenmasse. Die Käufer schwelgten im Warenrausch und vergaßen für Wochen alle Voraussicht und alles Rechnen. Heute ist bereits eine starke Ernüchterung festzustellen, und es wird wieder sorgfältig auf Preis und Qualität geachtet. Der für das Funktionieren der Gesamtwirtschaft unumgängliche Waren-Geld-Kreislauf ist zweifellos in Gang gekommen. Das Produktionsvolumen hat sich bedeutend erhöht. Die Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet ist auf über 300 000 Tonnen täglich gestiegen, die Erzeugung von Roheisen und Rohstahl hat sich im Vergleich zu Anfang des Jahres nahezu verdoppelt, der Elektrizitätsverbrauch steigt ständig, und in allen Erwerbszweigen ist ein kräftiger Aufschwung zu verzeichnen. Dadurch ist auch der so sehr gefürchtete Rückschlag auf den Arbeitsmarkt bisher ausgeblieben. Die Arbeitslosigkeit ist nur geringfügig angewachsen und bleibt im wesentlichen auf ungelernete Kräfte und Angestellte (das zurzeit und wohl noch mehr in der Zukunft schwierigste Beschäftigungsproblem!) beschränkt. Die Nachfrage nach Facharbeitern ist sogar gestiegen.

Über die Auswirkungen der Geldreform auf die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung lassen sich noch keine allgemeingültigen Angaben machen. Die Entwicklung ist noch in vollem Fluß, und die regionalen Unterschiede sind zum Teil sehr groß. Löhne und Gehälter werden in alter Höhe bezahlt, und die kürzliche Aufhebung des Lohnstopps bietet sogar die Möglichkeit, gewissen Lohngruppen aufzubessern. Eine generelle Erhöhung dürfte allerdings wegen der noch stark überhöhten Selbstkosten kaum in Frage kommen, weil dadurch das ohnehin ins Wanken geratene Preisgefüge völlig zerrüttet würde. Mieten, Strom- und Gaspreise usw. haben sich nicht verändert, und die rationierten Lebensmittel kosten pro Monat und Kopf rund 1 DM mehr als vor der Reform. Dagegen liegen die Preise aller nicht mehr bewirtschafteten Waren (Gemüse, Obst, Hausrat, Möbel usw.) zum Teil recht erheblich über dem alten Stand, allerdings, was nicht übersehen werden darf, auch tief unter den früheren Schwarzmarktpreisen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß vor der Reform der Besitz eines Bezugsscheines für einen bewirtschafteten Artikel noch keineswegs gleichbedeutend war mit der Möglichkeit seines sofortigen Erwerbs, ganz abgesehen davon, daß bei der lächerlich geringen Menge der ausgegebenen Scheine Jahrzehnte nötig gewesen wären, um eine auch nur bescheidene Versorgung aller zu erreichen. Dieses Moment wird von der SPD, die aus – an sich natürlich berechtigten – sozialen Gründen für die Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung eintritt, noch immer nicht genügend gewürdigt. Wie die Gemeindewahlen im hochindustrialisierten Nordrhein-Westfalen und auch in Schleswig-Holstein gezeigt haben, stößt die sozialdemokratische Argumentation auf nur geringe Aufnahmebereitschaft. Die Wiederherstellung des freien Warenverkehrs hat nämlich auch ihre Lichtseiten. Vor der Reform kostete zum Beispiel ein Zentner Kartoffeln im Schwarzhandel 30 bis 50 RM, heute, nach Aufhebung der Bewirtschaftung, ist er überall für 5 DM frei erhältlich. Was das bei einem untern Durchschnittseinkommen von 150 DM

bedeutet, ist ohne weiteres klar. Selbstredend gilt diese besonders günstige Relation nicht für alle übrige Warengattungen; auch ist sie zweifellos in hohem Maße auf die in diesem Jahre besonders günstige Ernte zurückzuführen. Andererseits spielt gerade die Kartoffel im heutigen deutschen Haushalt eine überragende Rolle. Gegenwärtig kann jedenfalls kein Zweifel darüber bestehen, daß die Mehrheit der Konsumenten die Aufhebung der Zwangswirtschaft begrüßt, wenngleich sie sich gegen weitere Preissteigerungen wendet. Hält der Produktionsanstieg an, dann werden sich in Kürze gewisse Preiskorrekturen nach unten sowie eine wachsende Verbesserung der Qualität von selbst ergeben. Eine wirkliche Gesundung der deutschen Wirtschaft ist nur möglich bei echter Überwindung des Schwarzhandels, der in Deutschland durch eine zehnjährige Praxis einen viel verbreiteteren und wichtigeren Faktor darstellt als anderswo. Eine annähernd normale Lebenshaltung wird erst möglich, wenn das Sozialprodukt wieder seine alte Höhe erreicht; und dieses Ziel liegt noch in weiter Ferne. Was die nächste Zukunft betrifft, so ist es von entscheidender Bedeutung, ob das Tempo der Produktions- und auch der Produktivitätserhöhung noch weiter gesteigert werden kann. Früh auftretende Rückschläge würden verheerende Folgen zeitigen und den Zweck der Geldreform zuschanden machen. Das Vertrauen in die neue Währung kann noch nicht als gefestigt angesehen werden, wie das große DM-Angebot zu niedrigem Kurs in der Schweiz deutlich zeigt.

Auf weitere Sicht gesehen, müssen die rosigen Zukunftserwartungen, denen sich vor allem die unentwegten Liberalen hingeben, auf jeden Fall äußerst skeptisch beurteilt werden. Das organische Leiden der deutschen Wirtschaft hat sich durch den verlorenen Krieg noch ungeheuer verschlimmert. Der etwas plötzliche Sprung vom Morgenthau-Plan zu der großartigen Entdeckung, daß Deutschlands schnelle wirtschaftliche Erholung für den europäischen Wiederaufbau lebenswichtig sei, rollt auch sofort das uralte Existenzproblem der deutschen Wirtschaft wieder auf. Deutschland, und insbesondere das hochindustrialisierte Westdeutschland, ist auf Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhren angewiesen. (Von einer «Reagrarisierung» ist nicht mehr die Rede.) Bezahlen kann es nur mit Industrieexporten, und niemand wird bestreiten können, daß diese heute – ganz zu schweigen im Falle einer neuen Weltwirtschaftskrise – auf ungleich größere Schwierigkeiten stoßen als vor dem Kriege. Die unbedingt notwendige Rationalisierung der deutschen Industrie wird wahrscheinlich noch vor dem Auftreten neuer weltwirtschaftlicher Störungen zahlreiche Arbeitskräfte freisetzen, die das schon bestehende Elendsheer von Flüchtlingen vermehren werden. Der einzige wesentliche Unterschied, der gegen früher zu verzeichnen ist, besteht allerdings darin, daß Deutschland heute von sich aus nicht mehr in der Lage ist, den inneren Druck nach außen abzulenken. *Augenblicklich profitiert Westdeutschland von den weltpolitischen Spannungen*, auf Grund derer ihm mehr Beachtung und Hilfe zuteil wird, als es sonst wohl der Fall wäre. Der jetzt verkündete Demontagestopp ist nur der Auftakt zum endgültigen Begräbnis der Reparationen; als nächster Schritt wird zwangsläufig die Herabsetzung und schließlich die völlige Annullierung der Besatzungskosten folgen müssen, weil sonst die Länderbudgets kaum ihr Gleichgewicht finden können und die neue Währung gefährdet würde. Aber all das wird auf die Dauer nicht ausreichen, Deutschland wirklich lebensfähig zu machen, und früher oder später werden sich die westlichen Besatzungsmächte mit der grotesken Situation abfinden müssen, durch immer neue und steigende Zuschüsse ihren besiegten und besetzten Gegner von gestern bei guter Laune zu erhalten.

Vor dem grundsätzlich gleichen Dilemma, nur in noch zugespitzterer Form, steht



auch die russische Besetzungsmacht. Mag sie auch auf Grund ihrer besonderen Machtideologie dazu neigen, die Stimmung der Bevölkerung weitgehend zu ignorieren, so führt doch der wachsende Haß gegen die diktatorisch regierende SED (KPD) und gegen alles Russische allmählich eine Lage herbei, die die Position Ostdeutschlands als strategisches Vorfeld und wirtschaftliches Ausbeutungsobjekt zusehends entwertet. In einen sozialökonomischen Wettbewerb mit Westdeutschland könnte die Ostzone nur eintreten, wenn Rußland sich entschlösse, nicht nur auf weitere Reparationen zu verzichten, sondern auch Hilfslieferungen, wenigstens an Rohstoffen, vorzunehmen. Der Vorstand der SED ist schon vor einiger Zeit unter Hinweis auf den weiter sinkenden Lebensstandard in der Ostzone mit dieser Bitte an den russischen Militärgouverneur herangetreten. Moskaus Antwort war bezeichnenderweise eine Verschärfung des bestehenden Kurses: Verschiebung der Länderwahlen auf unbestimmte Zeit, Säuberung der SED von allen «antisowjetischen Elementen», hermetische Abschließung der Zone nach Westen. Die separate Geldreform hat diese Maßnahmen ungemein erleichtert und die letzten Schwierigkeiten bei der Bolschewisierung Ostdeutschlands beseitigt. Die «Sozialisierungs»-Welle greift jetzt auch auf das Handwerk, den Kleinhandel, Kinos usw. über. Die Privatunternehmer, deren Betriebskapital 1 : 10 abgewertet wurde, sind der öffentlichen Hand und den volkseigenen Betrieben, die sich des vollen Umtausches ihrer Betriebsmittel 1:1 erfreuen, hoffnungslos unterlegen. Inzwischen *verschlimmert sich die wirtschaftliche Lage der Ostzone von Monat zu Monat*. Immer mehr Engpässe machen sich bemerkbar, und die festgesetzten Planziffern müssen immer wieder reduziert werden. Die Abwanderung qualifizierter Kräfte nach dem Westen hält an und beschleunigt die wachsende Desorganisation von Wirtschaft und Verwaltung. Die geplante Vermehrung der Ostzonenpolizei auf 400 000 Mann, ihre militärische Ausbildung und Ausrüstung mit Maschinenwaffen lassen vermuten, daß die SED noch entschiedener als bisher zur Anwendung direkter Gewalt zu schreiten gedenkt. Eine mit solchen Mitteln aufrecht-erhaltene Herrschaft würde die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ostzone noch weiter vermindern und das Ansehen der SED in der Bevölkerung vollends untergraben. Möglicherweise ist der aus der Moskauer Versenkung überraschend aufgetauchte Führer des Nationalkomitees «Freies Deutschland», General von Seydlitz, von den Russen dazu ausersehen, im Notfalle in die Bresche zu springen. Sollte die Remilitarisierung der Ostzone fortschreiten, so ist wohl bald mit entsprechenden Gegenmaßnahmen in Westdeutschland zu rechnen. Es wäre eine grausame Ironie der Geschichte, wenn der deutsche Militarismus, der im Zuge einer jahrzehntelangen Besetzung Deutschlands endgültig ausgerottet werden sollte, nun durch die Besetzungsmächte selbst zu neuem Leben erweckt würde.

Die Sackgasse, in die die russische Deutschland-Politik geraten ist, erhellt am klarsten die Berliner Situation. Wie aus führenden SED-Kreisen verlautet, hatte Moskau fest damit gerechnet, daß die Westmächte Anfang Juli Berlin räumen und sich, ähnlich wie bei der Blockierung der alliierten Militärzüge im April, mit einem der bisher üblichen papierernen Proteste begnügen würden. Die Luftbrücke machte einen Strich durch diese primitive Rechnung. Daraufhin wurde der berüchtigte Ulbricht-Plan ausgeheckt, der einen bewaffneten Aufstand gegen die westlichen Besetzungsmächte vorsah. Dieser Plan scheiterte an der Haltung der Berliner Bevölkerung. «Lieber einen Winter frieren, als lebenslänglich in Sibirien!» – dieser Leitspruch geht heute von Mund zu Mund. Die Schwäche der russischen Position in Berlin liegt vor allem darin, daß die

Blockade in ihren Auswirkungen weniger die westlichen Alliierten als vielmehr die Berliner Bevölkerung trifft. Und diese kann sich täglich von neuem davon überzeugen, daß sie über die Luftbrücke noch immer besser versorgt wird als der Durchschnitt der Bewohner der Ostzone. Es ist erstaunlich, *wie gering das psychologische Einfühlungsvermögen der Russen ist*. So haben sie auf der einen Seite die im Herbst fälligen Stadtwahlen, bei denen die SED eine schwere Niederlage erleiden würde, verboten, andererseits aber haben sie selbst eine Art Wahl veranstaltet, bei der sie vernichtend geschlagen wurden. Im Juni wurde von der damals noch amtierenden Berliner alliierten Kommandantur eine geringfügige Erhöhung der Rationssätze ab Juli beschlossen. Die Westmächte waren infolge der inzwischen verhängten Blockade außerstande, dieses Versprechen einzuhalten und gaben dies in einer öffentlichen Erklärung bekannt. Nun hielten die Russen ihre Stunde für gekommen und erklärten großmütig, daß alle Westberliner sich in den Geschäften des Ostsektors eintragen lassen und dort die erhöhten Rationen beziehen könnten. (Erst später wurde bekannt, daß in Erwartung des stürmischen Andrangs aus Westberlin Einkäufer der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission im Flugzeug nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien geschickt worden waren, um dort Fleisch und Fett zu jedem Preis und gegen Dollar-Barzahlung aufzukaufen – ein weiterer Beweis für die prekäre Lebensmittellage der Ostzone, aus der sich nichts mehr herauspressen läßt.) Zur größten Überraschung der Russen, die sogar in aller Eile neue Verkaufsläden hatten errichten lassen, machte nur 1 Prozent der Westberliner von diesem Angebot Gebrauch. Selbst die Bewohner der an den Ostsektor grenzenden Westbezirke, für die der Einkauf in den Ostläden mit keinem großen Zeitverlust verbunden wäre, zogen es vor, auf den unmittelbaren materiellen Vorteil zu verzichten und die günstige Gelegenheit zu einer politischen Demonstration zu ergreifen. Inzwischen sind auch die Westberliner Rationssätze erhöht worden und liegen nunmehr zum Teil (besonders bei Fett) über denen in Ostberlin. Ihre nächste Hoffnung setzen Russen und SED in einen strengen Winter, der natürlich ungeheure Härten für die Bevölkerung bringen würde. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß sich an der Option Berlins für den Westen auch dann nichts ändern wird. Die Alliierten direkt zu treffen, haben die Russen nur zwei Möglichkeiten: wirksame Unterbindung des Luftverkehrs und Besetzung der Westberliner Sektoren. Beides haben die Russen bis heute ängstlich vermieden, weil sich daraus zweifellos unabsehbare Weiterungen ergeben würden. So trifft jede neue russische Maßnahme fast ausschließlich die Berliner Bevölkerung, was den Haß gegen die russische Besetzungsmacht und ihre kommunistischen Handlanger natürlich ins Ungemessene steigert.

Die in Ost und West getrennt durchgeführte Währungsreform hat Deutschlands Spaltung für die Dauer der militärischen Besetzung besiegelt. Nur eine Verschiebung in den gegenwärtigen internationalen Machtverhältnissen könnte eine vorzeitige Wiedervereinigung ermöglichen. Deutschland ist jedoch nicht in der Lage, auf diese Entwicklung irgendwelchen direkten Einfluß zu nehmen. Noch auf lange Zeit hinaus wird die deutsche Geschichte im Zeichen der Fremdherrschaft stehen.